

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK  
HESSEN-NORD

SPD



FOTO: BÜRO GREMMELS

**Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,**

ein erfolgreicher Bundestagswahlkampf liegt hinter uns. Wer hätte vor einem halben Jahr gedacht, dass wir bei der Bundestagswahl stärkste Kraft werden? In Nordhessen sind wir dies sogar mit großem Abstand zur CDU geworden. Wir konnten wieder fünf der sechs nordhessischen Bundestagsmandate direkt gewinnen und auch in Fulda den Abstand zur CDU deutlich reduzieren.

In den letzten Wochen des Wahlkampfes hat sich der Stimmungsumschwung zu Gunsten der SPD schon abgezeichnet. Die Menschen, die zu den Info-Ständen und Wahlkampfveranstaltungen kamen, waren der SPD positiv zugewandt und haben sich sehr für unsere Programmatik interessiert. Eine solch positive Stimmung habe ich zuletzt 1998 auf Bundesebene und beim Ypsilanti-Wahlkampf 2008 erlebt.

Jetzt folgen Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Ampel-Regierung. Insbesondere in Hinblick auf gesellschaftspolitische Herausforderungen kann ein Bündnis aus SPD, Grünen und FDP ein echter Aufbruch sein. Wir brauchen aber auch eine Fortschrittsregierung, die die Herausforderungen der Zeit von der Transformation der Industriegesellschaft, über Klimaschutz und Energiewende bis hin zur Sozial- und Gesundheitspolitik in Angriff nimmt. Gemeinsamkeiten und Kompromisse – insbesondere mit der FDP – werden auch für die Sozialdemokratie herausfordernd. Aber alle anderen Koalitionsmöglichkeiten, die dieses Wahlergebnis rechnerisch sonst noch hergibt, wären für Belange unserer Wählerinnen und Wähler keine Verbesserung.

Wenn ein Koalitionsvertrag zu Stande kommt, werden wir diesen in einem mitgliederoffenem Bezirksausschuss vorstellen und diskutieren.

Diese Wahlergebnisse und die positive Stimmung für die SPD gilt es sowohl für die hessische Landtagswahl in zwei Jahren auszubauen und die dann 24 Jahre lange Vorherrschaft der CDU zu beenden, wie auch für eine aktive Mitgliederwerbung zu nutzen. ■

Euer Timon



Bezirksvorsitzender Timon Gremmels forderte die Delegierten auf, den Schwung aus der Bundestagswahl zur Mitgliedergewinnung und für eine erfolgreiche Landtagswahl 2023 zu nutzen.

FOTO: SWANTJE BEISHEIM

## RÜCKENWIND FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2023 SPD-Bezirksparteitag 2021

**U**nter dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ fand der Bezirksparteitag der nordhessischen SPD in Baunatal statt.

Der Stellvertretende Bezirksvorsitzende Dr. Thomas Spies, Oberbürgermeister der Stadt Marburg, begrüßte Delegierte und Gäste gut gelaunt als Vertreterinnen und Vertreter der „stärksten Partei Nordhessens“ und freute sich, dass bei der Bundestagswahl diesmal nicht nur in Nordhessen Wahlkreise direkt gewonnen wurden.

Staatsminister Michael Roth, MdB zog aus dem Verlauf des Bundestagswahlkampfes die Lehre: „Niemand zu früh verzagen! Bei uns ist die Zuversicht zuhause“ und betonte Nordhessen bleibe ein Kräftezentrum der SPD. Mit Blick auf die künftige Bundesregierung gab er die Losung aus, der Klimaschutz müsse gerecht sein.

Bezirksvorsitzender Timon Gremmels, MdB forderte, das gute Ergebnis der Wahl als Rückenwind für eine weitere Verjüngung der Mitgliedschaft zu nutzen. „Nordhessen hat mit das beste Wahlergebnis im Bundesvergleich erzielt. Darauf lässt sich mit Blick auf die Landtagswahl 2023 aufbauen“, führte Gremmels aus.

Die SPD-Landesvorsitzende Nancy Faeser bedankte sich in ihrer Rede für den Einsatz aller Anwesenden im Wahlkampf, der es erst ermöglicht hat, dass die SPD wieder stärkste politische Kraft wurde. Unter dem Parteitagmotto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ analysierte sie die Ergebnisse der Bundestagswahl in Hessen und stimmte die Delegierten auf erste inhaltliche und programmatische Ziele mit Blick auf die Landtagswahl 2023 ein. Es müsse der SPD immer darum gehen, mit sozialem Fortschritt dafür zu sorgen, dass

es den Menschen Tag für Tag besser gehe. Die Gesellschaft müsse moderner und gerechter werden. „Wir stehen am Beginn eines sozialdemokratischen Jahrzehnts“, rief sie den Delegierten zu. Diesen Schwung gelte es nun, nach Hessen mitzunehmen. Zugleich forderte Faeser nachdrücklich ein entschlosseneres Vorgehen gegen den Rechtsextremismus. Das alles gehe nur mit der SPD.

Neben den inhaltlichen Beratungen stand die Neuwahl des Bezirksvorstandes an. An der Vorstandsspitze gab es keine Veränderungen. Bezirksvorsitzender Timon Gremmels wurde mit einem hervorragenden Ergebnis von 87,9 Prozent wiedergewählt. Auch die Stellvertretenden Vorsitzenden Martina Werner (84,6 Prozent) und Dr. Thomas Spies (85,1 Prozent) sowie Bezirksschatzmeister Dr. Edgar Franke (85,1 Prozent) wurden mit sehr guten Ergebnissen für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Das inhaltliche Spektrum der Anträge reichte von der Forderung nach einem Ausgleich der erheblichen Mehrbelastungen der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe durch das Land Hessen über den Kampf gegen Rechtsextremismus, die Eindämmung der Mietexplosion bis hin zur Flüchtlingspolitik, dem Umgang mit sogenannten Ortskräften und der Entwicklungspolitik sowie Fragen des globalen Wirtschaftens. Eine Reihe von Initiativanträgen beschäftigte sich mit aktuellen Themen, wie der schwierigen Situation der Pflegenden am Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM). „Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand“, so Gremmels abschließend. ■

## NORDHESSEN BLEIBT WEITERHIN EIN STABILER FAKTOR IN DER SPD

### Bundestagswahl 2021

**D**er Ausgang der Bundestagswahl zeigt, auf welchem festem Fundament die nordhessische SPD steht“, sagte Timon Gremmels, Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen Nord.

Gremmels dankte Olaf Scholz sowie seiner in den vergangenen Wochen aufopferungsvoll kämpfenden nordhessischen Partei für einen überragenden Wahlkampf.

Gremmels betonte, dass die SPD im Wahlkampf stetig aufgeholt habe von 15 auf 25,7 Prozent, während die CDU von Umfragewerten von 33 Prozent auf ein reales Ergebnis von 24,1 Prozent gefallen sei. Damit habe die Union 9 Prozent verloren und liege deutlich unter dem Ergebnis, das Angela Merkel 2017 erzielte.

Insbesondere strich er heraus, dass die nordhessische SPD bei der Bundestagswahl deutlich über dem Bundesdurchschnitt liege.

schnitt liege.

In der Region haben die Sozialdemokraten überwiegend gute bis sehr gute Ergebnisse erzielt. Fast allerorten konnten sie Zugewinne verbuchen.

So liege das Nordhessenergebnis der SPD bei der Bundestagswahl bei den Zweitstimmen mit 32,1 Prozent über 6 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. In allen Wahlkreisen wurde deutlich hinzugewonnen.

Die nordhessischen Sozialdemokraten konnten mit Esther Dilcher (Waldeck), Timon Gremmels (Kassel), Dr. Edgar Franke (Schwalm-Eder-Frankenberg), Sören Bartol (Marburg-Biedenkopf) und Michael Roth (Werra-Meißner-Hersfeld) fünf Direktmandate gewinnen. Auch Birgit Kömpel erzielte in Fulda ein hervorragendes Ergebnis.

„Das Wählervotum zeigt deutlich, dass sich die Menschen in unserem Land klar für eine SPD-geführte Regierung ausgesprochen haben.“ In den kommenden Jahren, so Gremmels, werde Regieren in Deutschland ohne die SPD kaum möglich und ohne einen Kanzler Olaf Scholz, den die Menschen wollen, kaum denkbar sein.

Timon Gremmels dankte den Ortsvereinen für den engagierten und unermüdelichen Einsatz. Wieder einmal habe sich erwiesen, dass die starke nordhessische Basis der Garant für eine starke Sozialdemokratie sei. „Der aufopferungsvolle Einsatz und die harte Wahlkampfarbeit unserer Mitglieder haben sich gelohnt: Nordhessen ist weiterhin fest in roter Hand. Das ist eine solide Ausgangsbasis für die Arbeit der SPD in den kommenden Jahren.“ ■



## GEFAHR DURCH RECHTSEXTREME GEWALT UNTERSCHÄTZT

### Günter Rudolph MdL kritisiert politische Führung der Sicherheitsbehörden

**V**or dem Untersuchungsausschuss zum Mordfall Dr. Walter Lübcke (UNA 20/1) hat Daniel M. ausgesagt, der Leiter der Sonderkommission „Liemecke“, die in dem Fall ermittelte. Dabei stuft M. die Tat als einen Fall von Rechtsterrorismus ein. Der wegen Mordes verurteilte Stephan Ernst sowie sein mutmaßlicher Unterstützer Markus H. zeichneten sich durch eine hohe Affinität zu Gewalt und zum Besitz von Schusswaffen, durch eine enge Vernetzung in rechtsextremen Strukturen und

eine radikal rechte Ideologie aus. Auch der Messerangriff auf Ahmed I. im Jahr 2016 sei nach Einschätzung des Kriminalbeamten das Ergebnis der Beziehung zwischen Ernst und H. gewesen.

Günter Rudolph, der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss, sagte dazu: „Es ist erneut deutlich geworden, dass die politische Führung der hessischen Sicherheitsbehörden der rechtsextremen Szene, die gewaltbereit bis zum Mord ist, nicht die erforderliche Wachsamkeit entgegengebracht hat.“

Deswegen konnte sich der braune Sumpf in Nordhessen, aus dem der Mörder von Dr. Walter Lübcke stammt, nahezu ungehindert entwickeln. Dass Stephan Ernst, den der hessische Verfassungsschutz in einer kompletten Fehleinschätzung der Wirklichkeit als ‚abgekühlt‘ betrachtete, sich später im Dunstkreis der AfD wohlfühlte, belegt, in welcher erschreckenden Maße vermeintlich ‚bürgerliche‘ Kreise am äußersten rechten Rand der Gesellschaft für gewaltbereite Neonazis anschlussfähig sind.“ ■



Günter Rudolph MdL

FOTO: BÜRO RUDOLPH

## AN EINEM TAG MIT DEM FAHRRAD VON HOFGEISMAR NACH WIESBADEN

### Oliver Ulloth MdL radelte zu Gunsten der Jugendfeuerwehren im Landkreis Kassel

**D**as große Interesse und die hohen Wetteinsätze haben mich motiviert, auch meinen eigenen Einsatz zu erhöhen“, berichtete der SPD-Landtagsabgeordnete Oliver Ulloth über seine Fahrradtour. Anders als angekündigt sei er deshalb nicht mit einem Pedelec bzw. Elektrofahrzeug unterwegs gewesen, sondern mit einem sogenannten Gravelbike, einem Rennrad mit geländetauglichen Reifen. „Ich musste mich also auf der gesamten Strecke vollständig auf die eigene Muskelkraft verlassen. Am Ziel war ich zwar körperlich geschafft, gleichzeitig aber auch sehr stolz, die sportliche Herausforderung geschafft zu haben!“

Ulloths Position auf der Tour durch ganz Hessen konnte per GPS von Anfang bis Ende mitverfolgt werden. „Von dieser Möglichkeit machten über den Tag knapp 1.100 Menschen Gebrauch“, freute

sich der Abgeordnete. Die Tour startete um 3:00 Uhr bei völliger Dunkelheit in Hofgeismar und führte über Kassel, Gießen, Bad Homburg und Eschborn nach Wiesbaden. Auf der durch Umleitungen auf 260 km verlängerten Strecke waren 2.100 Höhenmeter zu überwinden. Nach einer Netto-Fahrzeit im Sattel von 13 Stunden und 18 Minuten kam Ulloth um 20:15 Uhr am Ziel an und erreichte damit eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 19,5 km/h.

Während kurzer Verschnaufpausen berichtete der Abgeordnete über die sozialen Netzwerke von seiner Tour und bedankte sich für die zahlreichen motivierenden Nachrichten, die ihn während des ganzen Tages erreichten.“

Das Wichtigste aber sei, dass er mit seiner Aktion 5.500 Euro für die wichtige Nachwuchsarbeit unserer Jugendfeuer-



wehren sammeln konnte. „Ich danke meinen Wettgegnerinnen und Wettgegnern, die jedem der drei Jugendfeuerwehrverbände im Landkreis Kassel in Kürze fast 1.850 Euro überweisen und damit die durch die Pandemie angespannte Kassenlage verbessern“, freute sich Ulloth. ■

**Geschafft:** Oliver Ulloth nach seiner über 13-stündigen Fahrradfahrt vor dem Hessischen Landtag.

FOTO: BÜRO ULLOTH

## 50 JAHRE BAFÖG: WIR BRAUCHEN EINEN NEUSTART

Dr. Daniela Sommer MdL: Grundsätzlicher Handlungsbedarf gegeben.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird 50 Jahre alt. Das 1971 von der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt eingeführte BAföG soll die jungen Menschen in Ausbildung unterstützen, deren Eltern im Rahmen ihrer Unterhaltspflicht aus finanziellen Gründen die schulische Berufsausbildung oder ein Studium nicht finanzieren können. Neben dem Slogan Brandts „Mehr Demokratie wagen“ forderte er einen „Gesamtbildungsplan“, um an Schulen, Universitäten und in Ausbildungsbetrieben die Durchsetzung der sozialen Demokratie zu ermöglichen.

So haben gut 26 Millionen Studierende in den vergangenen 50 Jahren eine Unterstützung durch BAföG erhalten. Doch das BAföG wirkt nicht mehr bis in die Mitte der Gesellschaft. Dass aktuell nur rund 680.000 junge Menschen in Deutschland BAföG erhalten, ist kein Zeichen des allgemeinen Wohlstands, sondern zeigt grundsätzlichen Handlungsbedarf auf. Nicht zuletzt die Corona-Krise mit hunderttausenden Anträgen auf staatliche Überbrückungshilfe hat gezeigt, dass viele

Studierende nicht vom BAföG erreicht werden.

Dr. Daniela Sommer, die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion stellte dazu fest: „Es gibt einen grundlegenden Überarbeitungsbedarf, wenn das einstige Erfolgsmodell BAföG wieder ein wirksames Instrument der Studienfinanzierung werden soll. Es muss wieder eine verlässliche Ausbildungsfinanzierung werden, die insbesondere Studierende aus Familien mit geringen Ressourcen unterstützt. Deshalb ist eine grundlegende Reform erforderlich – das BAföG braucht einen Neustart.“

Einfache digitale Anträge, einfache Einstiege und einfache Verfahren stellen ein probates Mittel dar, sagte Dr. Sommer. Ebenso müssten flexibel nutzbare Förderkontingente bereitgestellt werden, die die durchschnittliche Studiendauer des jeweiligen Faches abdecken. Förderansprüche müssten stark ausgeweitet werden.

„Die Union hat im Bund bisher alle sinnvollen Reformvorschläge blockiert, während in Hessen Schwarz-Grün immer wieder auf den Bund verweist.

Auch Landesregierungen können über den Bundesrat einwirken. Die SPD will einerseits höhere Einkommensgrenzen und andererseits ein Studium in Teilzeit mit BAföG-Förderung ermöglichen. Das BAföG muss verlässlich die Kosten für Miete, Lernen und Lebensunterhalt abdecken. Wir wollen zum Einstieg in das Studium ein BAföG-Starterpaket einführen und streben eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss an. Wir wollen BAföG und Aufstiegs-BAföG zusammenführen, um auf die Weiterbildungsbedarfe mit der Aufhebung der Altersgrenzen vorzubereiten. Ein Neustart des BAföG muss außerdem dazu dienen, den angemessenen Lebensunterhalt zu sichern. Es gibt viel zu tun, denn immerhin studiert heute fast die Hälfte der Jugendlichen eines Geburtsjahrgangs, und viele von ihnen müssen nebenbei arbeiten, um das Studium zu finanzieren. Ich bin mir sicher, dass die Studiendauer verkürzt und Studienfähigkeit verbessert werden kann, wenn sich Studierende ganz auf ihr Studium konzentrieren können“, so Dr. Sommer. ■



Dr. Daniela Sommer MdL

FOTO: BÜRO SOMMER

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8 A  
34117 Kassel  
Fon 0561/7001013  
Fax 0561/7001088  
bezirk.hessen-nord@spd.de  
www.spd-hessen-nord.de

## MANFRED-SCHAUB-EHRENAMTSPREIS DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

Engagement gegen Rechts und Zusammenhalt in Zeiten von Corona gewürdigt



**Ehrenamtspreis 2021:**  
Die Preisträger sowie  
Bezirksvorsitzender Timon  
Gremmels, Stellvertretender  
Bezirksvorsitzender Dr.  
Thomas Spies, Sabine  
Waschke MdL, Landrat  
Torsten Warnecke und  
Esther Dilcher MdB.

FOTO: ANNE HÄNES

**I**m Rahmen einer Feierstunde hat der SPD-Bezirk Hessen-Nord den zum elften Mal ausgelobten Ehrenamtspreis in Baunatal an die ausgewählten Preisträger vergeben.

Im Gedenken an den 2018 verstorbenen Vorsitzenden des SPD-Bezirks und Initiator des Ehrenamtspreises wurde dieser in diesem Jahr umbenannt in „Manfred-Schaub-Ehrenamtspreis“.

SPD-Bezirksvorsitzender Timon Gremmels erläuterte: „Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement ist Ausdruck gelebter Solidarität. Durch freiwillige Arbeit in Vereinen, Organisationen und Initiativen erfahren, erlernen und praktizieren Menschen Gemeinschaftsgefühl, Fairness und Toleranz – Werte und Tugenden, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Soziales Handeln und solidarische Mitverantwortung im alltäglich gelebten Engagement stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern entsprechen auch den Idealen der SPD von Gerechtigkeit und Solidarität. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. In einer Zeit, in der immer weniger bereit sind, sich zu engagieren, verdient dies besondere Anerkennung.“ Deshalb will die SPD mit dem Preis für besonders herausragendes freiwilliges Engagement das Ehrenamt würdigen und fördern.

Im elften Jahr der Preisvergabe war es den nordhessischen Sozialdemokraten ein Anliegen, insbesondere mit Blick auf die Ermordung von Halit Yozgat und dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke das vielfältige ehrenamtliche Engagement gegen Rechtsextremismus in der Region unter dem Titel „Engagement gegen Rechts“ und angesichts der noch immer nicht überwundenen COVID-19-Pandemie den „Zusammenhalt in Zeiten von Corona“ zu würdigen.

„Der rechtsterroristische Mord an Dr.

Walter Lübcke, ebenso wie die Ermordung Halit Yozgats dürfen nicht isoliert vom NSU und von den Taten von Halle und Hanau betrachtet werden. Wir haben nicht nur in Nordhessen - ein zunehmendes Problem mit dem stärker werdenden Rechtsextremismus und der AfD, die sich immer mehr zu deren parlamentarischen Arm entwickelt“, sagte SPD-Bezirksvorsitzender Timon Gremmels.

Nach der Ermordung Dr. Walter Lübckes habe die Region gezeigt, dass sie dem Rechtsextremismus keinen Platz lässt. Zwei Großdemos mit jeweils über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, eine vielbeachtete Inszenierung des Staatstheaters Kassel zum NSU-Mord, die den Bogen bis zu Lübckes Rede in Lohfelden spannt, sowie die bundesweit einmalige Unternehmensinitiative „Offen für Vielfalt“ zeigen, dass die nordhessische Zivilgesellschaft klar sortiert ist.

Gremmels appellierte, mit der entschiedenen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht nachzulassen.

„Um derartige Anschläge zu verhindern, ist es von enormer Wichtigkeit, rechtsextremistische Strukturen in Nordhessen offenzulegen und zu zerschlagen. Wir müssen Flagge zeigen für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in unserer Region“, so der SPD-Bezirksvorsitzende.

Deshalb sind der Kampf gegen Rechts, die Aufdeckung rechtsextremer Aktivitäten, Aufklärung und der Einsatz für Toleranz und Menschlichkeit der Sozialdemokratie, und gerade auch der nordhessischen SPD, die sich seit jeher in diesem Bereich engagiert, ein besonderes Anliegen.

Die Corona-Pandemie bestimmt seit weit über einem Jahr den Alltag der Menschen in Deutschland.

Sie hat nahezu alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland und weltweit verändert. Die mit der Eindämmung des Virus verbundenen Maß-

nahmen wie Kontaktbeschränkungen, „Social Distancing“ und die Schließung von Schulen, Geschäften, Restaurants und kulturellen Einrichtungen haben insbesondere das soziale Miteinander sowohl in Organisationen, Gruppen und Vereinen, als auch in der Familie, unter Freunden und Nachbarn, oder in Partnerschaften beeinflusst. All das hat bei vielen Menschen finanzielle, emotionale und psychische Probleme geschaffen oder deutlich verstärkt.

„Die Corona-Krise hat gezeigt, dass ein besonderer gesellschaftlicher Zusammenhalt gerade in diesen Zeiten von entscheidender Bedeutung ist. Spontan haben viele Bürgerinnen und Bürger, Vereine Verbände und Initiativen sich auf die Krisensituation eingestellt, Einkaufsdienste für Ältere Menschen organisiert, Kontakte durch telefonische Betreuung aufrechterhalten, Online-Lernhilfen aufgebaut und vieles mehr. Diese Vielfalt soll mit dem Ehrenamtspreis 2021 besonders gewürdigt werden“, unterstrich Timon Gremmels.

Unter dem Vorsitz der Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Martina Werner hat eine Jury aus einer Vielzahl von Vorschlägen acht Preisträger ausgewählt.

Bezirksvorsitzender Timon Gremmels und Jurymitglied Anette Milas benannten die Preisträger und würdigten ihr Engagement.

Ausgezeichnet wurden:

NACHGEFRAGT für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung e. V. aus Kassel, die Wettesinger Energiegenossenschaft, die Initiativegruppe „Mahnwache“ in Wolfhagen, der Verein „Freundinnen und Freunde des jüdischen Lebens in der Region Werra-Meißner“, Indimaj. Gesellschaft für Bildung & Soziales e.V. Borken, der Förderkreis Synagoge e. V. in Vöhl, die Bogenabteilung des Schützenvereins Marburg-Moischt, das Bündnis „Fulda stellt sich quer“ und der VdK Ortsverband Schenkklengsfeld. ■

**GLÜCKWUNSCH!**

**Erwin Pelz**  
aus Reinhardshagen  
**Anna Nickel**  
aus Jesberg  
zum 95. Geburtstag

**Hertha Schäffer**  
aus Lohfelden  
zu 75 Jahren  
Parteimitgliedschaft ■